

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal am Montag und Nachmittags 6 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Werdergasse 2) und aus-wards bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung



Preis pro Quotient 1 Thaler 15 Pf., ausserdem 1 Thlr. 20 Pf.
Besteller gebeten an: in Berlin: A. Metzner, Kurfürstendamm
in Leipzig: Heinrich Hoyer, in Altona: Hankeleben a. Vogler,
in Hamburg: J. W. Hartmann und J. Esselberg.

(B.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Breslau, 19. Mai. Wie Privatbriefe aus Warschau melden, erklärt eine Verordnung der revolutionären National-Regierung vom 10. Mai den gegenwärtigen Stand der Activa und Passiva des Staatsvermögens für unantastbar und verbietet allen Privatpersonen und Beamten die Beteiligung an Finanzoperationen und öffentlichen Arbeiten. Dieselbe Verordnung erklärt die betreffenden Acte der russischen Regierung im voraus für nichtig und warnt die auswärtigen Capitalisten.

Eine andere Verfügung der National-Regierung untersagt dem Pariser Banquier Alexander Laski, das Prästdium der Warschauer Bank zu übernehmen. Der landwirtschaftliche Creditverein hat beschlossen, seine Genehmigung zu der von der Regierung beabsichtigten Anleihe von einer Million Rubel zu versagen.

Lemberg, 19. Mai. Nach der "Gazeta Narodowa" ist der Aufstand auch in Kleinrußland jenseits des Dniepr ausgebrochen, woselbst kein Militair steht. Die Führer der Insurgenten in Polen hießen Dunin, Krajewski, Łozinski, Wiśniowski.

Paris, 19. Mai. In Cadiz sind Nachrichten aus Puebla vom 12. v. Mts. eingegangen, nach welchen die Franzosen die Mexikaner in die Vorstädte zurückgetrieben haben.

London, 19. Mai. Die indische Post hat Nachrichten aus Shanghai vom 9. v. Mts. gebracht. Peking ist ruhig; die Insurgenten sind aus der Gegend von Tien-tsin vertrieben; nach Foo-schan sind Versärfungen geschickt. In Saigon und Japan alles ruhig.

Die Adresse.

Die Adress-Commission des Hauses der Abgeordneten hat gestern die schriftliche Redaction des Adressentwurfs festgestellt. Das Staatsministerium war sowohl gestern wie heute von der Sitzung benachrichtigt, hat aber nicht einmal geantwortet. Die Verhandlungen sind also lediglich zwischen Mitgliedern des Hauses geführt und haben daher jetzt wirklich den Character von vertraulicher Beprechungen. — Die Vorfrage, ob überhaupt eine Adresse zu erlassen sei, ist von der Commission mit 17 gegen 5 Stimmen besiegelt; in der Minorität waren die Abgg. v. Diederichs, Lette, Koepell (Danzig), Nohden und Graf Schwerin. Bei der Berathung des Adressentwurfs selbst ist der Birchow'sche Entwurf zu Grunde gelegt. Derselbe erfuhr mehrfache Abänderungen. Schliesslich ist derselbe in folgender Fassung angenommen:

Allerdurchlängigster, Großmächtigster König!

Allerdurchlängigster König und Herr!

I. Im Beginn der gegenwärtigen Session hat das Haus der Abgeordneten, eine schwere Pflicht gegen Krone und Land erfüllend, Ew. Königlichen Majestät seine Auffassung von der Lage des Landes offen und ehrfurchtsvoll dargelegt. Angehoben dieser Lage sah es sich zu der feierlichen Erklärung genötigt, daß der innere Friede und die Kraft nach Außen dem Lande nur durch die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen wiederhergestellt werden können.

II. Es sind seitdem mehr als drei Monate vergangen, ohne daß die Verfassungsverlegung befeiligt, ohne daß eine Bürgschaft dafür gewonnen wäre, daß dieselbe sich nicht wiederholen werde. Die Minister Ew. Majestät fahren vielmehr fort, verfassungswidrige Grundsätze offen auszusprechen und zu bebtätigen.

Nicht genug damit, haben sie ihre Mitwirkung dazu verweigert, daß in der Verfassung vertheilte Ausführungsgesetz über die Verantwortlichkeit der Minister mit der Landesvertretung zu vereinbaren; ja sie haben keinen Anstand genommen, vor versammeltem Hause zu erklären, daß sie ihre Verantwortlichkeit dem Spruch des, von der Verfassung davorberufenen Gerichtshofes nicht unterwerfen können.

Endlich haben sie sich unter dem wichtigsten Vorwande den Verhandlungen im Hause entzogen und entgegen der klarsten Bestimmung der Verfassung, welche jedem der beiden Häuser das Recht zuspricht, die Gegenwart der Minister zu verlangen, ihr Erscheinen im Hause von einer Bedingung abhängig gemacht, welche nur darauf berechnet ist, einen neuen Streitpunkt über unser Verfassungsrecht aufzu stellen.

III. Dem inneren Beruhlniss hat sich stets wachsend die äußere Gefahr zugejellt. Unter Ew. Majestät Regierung war Preußens äußere Lage günstiger geworden, als seit langer Zeit. Die Hoffnung auf Wiederherstellung der Macht und Einheit Deutschlands hatte sich von Neuem belebt. An die Stelle der Sondergäste und des Misstrauens zwischen den einzelnen deutschen Stämmen begann ein frischer Geist des Zusammenwirkens nach dem einen großen nationalen Ziele zu treten. Unser erhabenes Königshaus schien berufen, die höchsten Aufgaben der Nation zu verwirklichen.

Die gegenwärtigen Minister Ew. Majestät haben diese Erwartungen vereitelt. Durch ihre Politik nach Außen, durch ihr verfassungswidriges Verfahren im Innern haben sie das Vertrauen der Böller und der Regierungen verschärft. Sie selbst haben im Hause der Abgeordneten aussprechen müssen, daß Preußen Feinde ringsum hat, daß ihm ringsum kriegerische Verwicklungen drohen. Preußen steht fast allein in Deutschland, ja in Europa.

Das Haus der Abgeordneten hat seine Stimme zu widerholten Malen erhoben, um die Minister Ew. Majestät aufzuhalten auf den gefährlichen Wegen, welche sie in der auswärtigen Politik betreten haben. Sein Rath ist zurückgewiesen worden. Die Minister haben erklärt, sie würden, wenn sie es für nötig hielten, Krieg führen mit oder ohne Guithen der Landesvertretung.

IV. Inzwischen hat das Haus der Abgeordneten pflichtmäßig diejenigen Verhandlungen fortgesetzt, welche dem Lande seine volksthümliche Wehrverfassung erhalten, dem Heere die gesetzliche Grundlage sichern, die Ordnung des Staatshaushalts herstellen, dem Lande sein verfassungsmäßiges Recht und seinen inneren Frieden wiedergeben könnten und sollten. Nur das Bewußtsein, daß es sich um die höchsten Güter der Krone und des Landes handele, vermochte den Abgeordneten die Selbstverleugnung zu geben, mit welcher diese Verhandlungen geführt sind.

Durch die neue Deutung des Art. 60 der Verfassung, durch das Abbrechen der persönlichen Verhandlungen mit dem Hause, haben sich die Minister selbst der letzten Möglichkeit einer Verständigung entzogen. Sie haben den letzten Zweck der Session vereitelt.

V. Das Haus der Abgeordneten naht dem Throne in einem Augenblick, in welchem, wie es hofft, die Würfel der Entscheidung noch nicht gefallen sind. Es erfüllt noch einmal seine Gewissenspflicht, indem es vor Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht erklärt: Das Haus der Abgeordneten hat keine Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium; es lehnt seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab. Im Innern und nach Außen, in Form und Sache besteht zwischen den Rathgebern der Krone und dem Lande eine Kluft, welche nach unserer festen Überzeugung nur durch einen Wechsel der Personen und mehr noch durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden wird.

VI. Königliche Majestät! Das Land verlangt vor Allem Achtung vor seinem verfassungsmäßigen Recht.

Möge die ehrfurchtvolle Bitte der Abgeordneten bei Ew. Majestät Gebör finden.

Möge Ew. Majestät so, wie in den ruhreichsten Tagen unserer Vergangenheit, den Glanz des Königlichen Hauses, die Macht und Sicherheit der Regierung in dem gegenseitigen Bunde des Vertrauens und der Treue zwischen Fürst und Volk suchen und finden.

Nur in dieser Einigkeit sind wir stark. Getrost können wir dann — aber auch nur dann — einem jeden Angriffe entgegensehen, er komme, woher er wolle.

In tiefster Ehrfurcht verharren wir Ew. Königlichen Majestät Allerunterthänigste treugehorsamste, das Haus der Abgeordneten.

Dieser Entwurf hat die Commission mit 17 gegen 5 Stimmen angenommen. Für denselben stimmten: Grabow, v. Carlowitz, Voigtl. Schulze-Delitzsch, Koepell (Breslau), Lette, Hartort, v. Urnau, Techow, v. Bodum-Dolffs, Gneist, Borsig, Immermann, Richter, Hagen, v. Hennig (Strasburg), v. Rönn (Solingen). Gegen den Entwurf stimmten: Graf Schwerin, Nohden, Diederichs, Senff und Koepell (Danzig).

Politische Uebersicht.

Obwohl die feudale "Beidlersche Correspondenz" gestern erklärt, "am Donnerstag werde der Sache ein Ende gemacht werden", so weiß doch Niemand, wie. Die letzten offiziellen Noten der der Regierung ergebenen Blätter behandeln die Frage in ihren letzten Nummern als eine offene und man scheint neuerdings zu dem Entschlaffe gekommen zu sein, die Adressberathung im Abgeordnetenhaus "zur Auflösung des Landes" ihren ungestörten Fortgang nehmen zu lassen.

Man scheint zu hoffen, das Haus werde sich nach der Adressannahme von selbst so lange vertagen, bis die Minister erscheinen.

Anderer meinen, man hoffe, die voraussichtlich sehr hoch gehenden Wogen der Adressdebatte werden die Veranlassung zu einer vortheilhaftesten Auflösung bieten.

Die "B.-u.-G.-B." schreibt: "Seit dem gestrigen Kammerbeschluß gilt in den der Regierung ergebenen Kreisen ein längeres Hinausschieben der Krise nicht mehr für wahrscheinlich, doch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß auf den früheren Standpunkt mit der durch den neuesten Conflict an die Hand gegebenen verschärfenden Maßnahme zurückgegangen und die Kämmer, ohne aufgelöst, geschlossen oder vertagt zu werden, von den Ministern bis auf Weiteres sich selbst überlassen wird. Eine definitive Entschließung ist, wie wir Ursache haben anzunehmen, auch bis zur Stunde nicht gesetzt. Die Schwierigkeit zu einer solchen zu gelangen, wächst dadurch, daß kaum einer der verschiedenen Wege beschritten werden kann, ohne eine Spaltung im Schoße des Ministeriums selbst hervortreten zu lassen".

Es ist bereits wiederholt darauf hingewiesen worden, daß der Finanzminister die Berathung des Budgets durch das Abgeordnetenhaus in jedem Falle verlangt.

Wie auch die Entscheidung der Regierung ausfallen möge, so darf man wohl hoffen, daß die Majorität des Hauses den Beschluss nicht fassen wird, ihre Berathungen überhaupt so lange auszusetzen, bis die Minister im Hause erscheinen. Wir geben gern zu, daß es viel, sehr viel Ueberwindung kosten mag in solcher Situation, wie die gegenwärtige, auf dem Platze auszuhalten und ohne Aussicht auf Erfolg und Beachtung Beschlüsse zu fassen; aber uns scheint die Situation eine solche Ueberwindung schlechterdings zu fordern.

Der Bericht der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses über den Militair-Etat im Ordinario liegt jetzt gedruckt vor. Die Regierung hat gefordert 37,354,000 Thlr.; darunter sind 5,893,773 Thlr., welche für die mit der sogenannten Reorganisation zusammenhängenden Ausgaben nötig sein würden. Da die Reorganisation aber von der Landesvertretung nicht genehmigt ist, so schlägt die Commission vor, diesen Betrag abzusezen. Der Bericht über einmalige und

außerordentliche Ausgaben, für welche die Regierung noch weitere 1,111,948 Thlr. fordert, ist noch nicht erstattet.

Die Nachrichten aus Polen lauten täglich für die Sache der Insurgenten günstiger. Je näher der Augenblick ist, in welchem Frankreich im Stande sein wird, energischer aufzutreten, um so mehr vergrößert sich die Gefahr für Preußen.

Deutschland.

+ Berlin, 19. Mai. Im Herrenhause ist morgen Sitzung; es soll da der ganze Rest der noch vorhandenen Commissionsberichte abgethan werden. Auf der Tagesordnung steht unter andern der zweite Bericht der Petitions-commission. Wir erwähnen daraus folgende: Etwa 900 Petenten aus einigen 70 Ortschaften des Großherzogthums Posen wollen der Regierung danken für ihre Maßregeln zum Schutz der Landesgrenze; die Commission schließt sich dem an; das Herrenhaus soll also der Regierung ausdrücklich danken "für die entschlossene und feste Haltung, womit sie dem Aufstande in Polen, durch alle Angriffe unbekirt, gegenübergetreten sei." Aus dem Bericht geht hervor, daß der Ministerpräsident "umfassende vertrauliche Aufklärungen über den gegenwärtigen Zustand in der Provinz Posen und die Resultate der dort stattgehabten gerichtlichen Ermittlungen, so wie über einige wesentliche Bestimmungen der zwischen Preußen und Russland abgeschlossenen Convention" gemacht hat. Der Bericht ist vom gestrigen Tage datirt, doch ist nicht abzusehen, wann die eigentliche Berathung der Petition stattgefunden hat; es wäre das interessant, weil damit ein neuer Beitrag zur Characteristik des bekannten Worts vom "tödten Buchstaben" gegeben wäre. Die Petitions-Commission des Herrenhauses ergibt sich natürlich in den höchsten Lobpreisungen über die Politik der Regierung und in heftiger Verurtheilung der dagegen laut gewordenen Angriffe. Wichtiger ist folgendes Thatächliche: "Nach den amtlichen und demnächst von anderer Seite bestätigten Versicherungen der Minister ist die Convention lediglich defensiver Natur;" ferner: "die Convention ist ihrem Inhalte nach heute noch nicht veröffentlicht, allem Anschein nach beschränkt sie sich aber auf militärische Verabredungen, wodurch Grenzverlegungen und Beschädigungen preußischer Unterthanen verhütet worden sind, welche andernfalls unvermeidlich waren und an der österreichischen Grenze in Ermanglung solcher Verabredungen vielfach vorgekommen sind." — Die Commission hat zugleich die Gelegenheit benutzt, über den Röne'schen Antrag wegen Ungiltigkeitsklärung der Cartell-Convention von 1857 sich auszusprechen; sie sagt, derselbe sei gestellt "unbekümmert um Art. 48 der Verfassung und ohne Rücksicht auf die Grenzen der Beigaben jenes Hauses; die Veranlassung zu diesen eben so maklosen, wie unbegründeten Angriffen auf die Staatsregierung kann also nur in blindem Parteihab und lebhaften Sympathien mit der Revolution gesucht werden."

— Se. Majestät der König ist von seinem gestrigen Unwohlsein heute ziemlich wieder hergestellt, fuhr jedoch nicht zur Besichtigung der 1. Garde-Cavallerie-Brigade nach Potsdam, nahm aber Mittags die gewöhnlichen Vorträge und militärischen Meldungen entgegen und empfing auch die Besuche hoher Herrschaften.

— Im Herrenhause haben die Commissionen für Justiz und Handel und Gewerbe das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaft auf den Seeschiffen nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses zur Annahme empfohlen, bis auf einen Punkt: Die Bürgelstrafe haben sie wieder hergestellt. Sie wollen namentlich folgenden Satz in das Gesetz aufgenommen wissen: "Giebt der Schiffsmann durch ungebührliches Vertragen dem Schiffer zu Schelthaften oder gegen Thätlichkeit Veranlassung, so kann er deshalb keine gerichtliche Genagthung fordern. Die Schiffsjungen sind der väterlichen Sucht des Schifffers unterworfen." Aus dem Commissionsbericht entnehmen wir, daß die Regierung zu Danzig sich allgemein gegen die Beibehaltung der körperlichen Züchtigung ausgesprochen hat.

— Durch die Zeitungen geht das Gericht, der Kriegsminister v. Noen habe in Folge des bekannten Conflictes Herrn v. Sybel gefordert. (?)

— Das Gericht von einer allgemeinen Ministerkrise hatte folgenden Zusammenhang: Am vorigen Montag schlugen v. Bismarck und v. Noen im Staatsministerium vor, den inzwischen bekannt gewordenen Brief an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu richten. Die übrigen sechs Minister widersprachen sämtlich und kündigten, als diese beiden auf ihrem Willen bestanden, ihren Rücktritt an. Nun intervenierte der König, indem er bemerkte, die beiden Minister nähmen die Angelegenheit ernster als sie sei; daß das Schreiben aber, wie es concipirt sei, vollzogen werde, sei sein eigener Wunsch. Sie unterschrieben dann alle und damit war diese Ministerkrise beseitigt. — Eine ganz andere Sache ist, wenn erzählt wird, Herr v. Bodelschwingh wolle seinen Abschied nehmen. Nachdem Herr v. Bismarck vorgeschlagen hatte, den jegigen Landtag vor Feststellung des Budgets zu schließen, hat der Finanzminister sich ein Gutachten über die Frage erstatten lassen, ob die starke Lückentheorie selbst auf den Fall auszudehnen sei, daß Seitens des Abgeordnetenhauses gar kein Budget aufgestellt werden können. Er scheint das Bedürfnis gehabt zu haben, seine Weigerung, in diese neueste staatsrechtliche Theorie des Ministerpräsidenten einzustimmen, auf eine Autorität zu stützen. Das Gutachten ist entschieden verneint ausgefallen, und auf diesem Umstände beruht vorzugsweise die jetzt allgemein verbreitete Ansicht, Herr v. Bodelschwingh wolle sein Amt niederlegen. (Rhein. Bltg.)

— Die „Börs. Btg.“ sagt über die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses: Als der Präsident Grabow gestern — nicht ohne Mühe — damit beschäftigt war, aus dem Schreiben des Staatsministeriums sich und der Versammlung den neuen Standpunkt klar zu machen, den dasselbe an der Ariaudneband des Hrn. Reichenberger — ein fürwahr recht fein gedrehter Faden — gefunden hatte: da begab es sich, Zufall oder Schickung, daß die vielberufene „Thür“, hinter welcher ein Stück unserer parlamentarischen Geschichte bereits spielt, das Pförtchen zum Ministerzimmer halb angelehnt, als athme es leise Neue der Rückkehr, offen stand. Und dem ersten Vizepräsidenten des Hauses war es beschieden, daß inne zu werden. Er schritt getrost darauf zu, und mit einem leichten Ruck brachte er die Sache in Ordnung: die Welt hinter der Thür hatte ihren Abschluß gefunden.

— (R. B.) Ueber die Haltung Österreichs in der polnischen Frage hören wir von competenter Seite es als ganz überwiegend wahrscheinlich bezeichnen, daß es Alles thun werde, um sich darin im guten Einvernehmen mit den Westmächten zu halten. Herr v. Schmerling soll der entschiedene Vertreter dieser Richtung sein. Graf Rechberg scheine eher geneigt, einer Annäherung an Preußen das Wort zu reden. Doch scheint keine Aussicht zu einer solchen Schwung der österreichischen Politik vorhanden zu sein.

— Wie man hört, soll gegen den General-Consul in Copenhagen, Dr. Ryno Quehl, aus Anlaß seines jüngst erschienenen Buches die Disciplinar-Untersuchung eingeleitet und ihm zuvor die Weisung zugegangen sein, sich alsbald auf seinen Posten zu begeben.

— Der „Schl. B.“ wird von hier geschrieben: In meinen letzten Briefen glaube ich die Gründe angedeutet zu haben, welche an maßgebendem Orte für eine reservirte Politik zu meist ins Gewicht fielen. Die Moderate der herrschenden Partei haben einen Sieg gegen die militärischen Ultras erfochten, der ihnen nicht schwer wurde. Am entscheidenden Orte hat man weder eingesehen, daß Herrn v. Bismarcks Uhr schon abgelaufen, noch daß Maßregeln nothwendig wären, die zu gefährlichen Experimenten führen mühten. Eines hat also bis jetzt nicht gelingen wollen: die Rückkehr über die Trümmer der Verfassung!... Während die Enragierten der Kereuzitter mit sofortiger Vertagung oder Auflösung Fiasco machten und ihre schönen Octroyirungspläne für ein bonapartistisches Wahlgesetz mit allgemeinem Stimmberecht und Regierungscandidaten vertagen mußten, ging es einer Fraktion der Moderate mit einem andern Plane nicht besser. Die Gerüchte von einem partiellen Ministerwechsel hatten nur insofern eine Begründung, als die „Manteuffel-Elique“ in der That ihre Liste sowohl als ihr Programm aufstellte. Auf der Liste standen: v. d. Heydt, Schleinitz, Möller, Kühlwetter, Voigt-Rhez, Bernuth u. a. Das Programm verhielt zweijährige Dienstzeit, liberale Handelspolitik, Gewerbebefreiheit, Abschaffung der Wahl- und Schlachsteuer u. c. Programm und Programmisten scheiterten an der alten persönlichen Abneigung und an dem unerschütterlichen Glauben an die staatsmännische Größe der neuen Günstlinge.

— Wie die „Pr. Litth. Btg.“ meldet, hat das Ober-Tribunal auf die Appellation derseligen Richter, welche gegen das Erkenntniß des Appellationsgerichtes in der bekannten Disciplinaruntersuchung das Rechtsmittel eingelegt hatten, das erste Erkenntniß bestätigt.

— In Nr. 116 der „Bank- und Handels-Zeitung“ befindet sich die Notiz, daß von Thorn aus 150,000 Centner Mehl zur Verproviantirung der rheinischen Festungen abgegangen seien. Diese Nachricht, welche auch in andere Blätter übergegangen ist, nach dem Staatsanzeiger durchaus unrichtig.

— Die Morgennummer der „Börs. Btg.“ ist wegen einer Besprechung des in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses verlesenen Schreibens des Staats-Ministeriums polizeilich mit Beischlag belegt.

— Der durch seine Entdeckungsreisen in Afrika bekannte Dr. Heinrich Barth ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät an der Universität Berlin ernannt worden.

Posen, 18. Mai. (Ostf.-B.) Die unter dem Vorstz des Kammergerichts-Rath hier tagende Commission in der Untersuchungsache wider die durch die Oszialnytschen Papiere Compromittirten hat sich schließlich doch dafür entschieden, daß die am meisten gravirten Gefangenen aus der Provinz nach Posen gebracht und im hiesigen Criminalgefängniß inquirirt werden. In Folge dessen sind hier seit Freitag bereits mehrere Gefangene aus Wreschen, Schrimm, Gnezen, Wougrowitz u. s. w. unter der Escorte von Militair oder Gardarmen eingebrochen und an das Criminalgefängniß abgeführt worden. Im Laufe der Woche werden täglich solche Transporte von Gefangenen hier eintreffen. Von den vorgelegten Beugen haben die meisten ihr Beugnis entschieden verweigert; sie sind auf Befehl der Untersuchungs-Commission sofort verhaftet worden. Die Zahl der Gefangenen wird auf diese Weise zu großen Dimensionen anwachsen und dadurch die Untersuchung sehr in die Länge gezogen werden. Die Mitglieder der Commission sind bereits darauf gesetzt, daß es ihnen trotz aller Anstrengung kaum gelingen wird, die Voruntersuchung im Laufe eines halben Jahres zu beendigen. — Es bestätigt sich, daß Graf Johann Oszialnytsch von Polen aus nach Paris begeben hat und daß er entschlossen ist, das Resultat der Untersuchung dort abzuwarten.

Stettin, 18. Mai. (Ostf. Btg.) Der „Arbeiter-Verein“ verhandelte über einen Antrag des Vorstandes, ihn zu einem Contract mit der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Germania“ zu bevollmächtigen, in der Weise, daß der Vorstand für die von den Mitgliedern des Vereins mit der „Germania“ abzuschliegenden Lebensversicherungs-Verträge als Agent fungire, so daß dann die Provision der Vereinskasse zu Gute komme, und wobei außerdem den Mitgliedern, welche ihr Leben bei der „Germania“ versichern, einige Erleichterungen (wie wöchentliche Prämienzahlungen u. dgl.) zu Gute kommen würden. Der Antrag führte zu einer lebhaften Debatte, an welcher sich, außer einigen Mitgliedern, namentlich Dr. Wolff und ein Beamter der „Germania“ beteiligten. Dr. Wolff hob die Bedenken hervor, welche gegen die Beteiligung der Arbeiter bei der Lebensversicherung geltend gemacht werden können, erläuterte dabei in Kürze das Wesen der Lebensversicherung, und kam zu dem Schluß, daß das vom Vorstande abfestsichtigte Project durchaus zu billigen sei, daß aber jeder Einzelne sich und seine Verhältnisse sorgfältig prüfen müsse, ehe er sich entschließe, sein Leben zu versichern; für die Arbeiter werde es jedenfalls von Wichtigkeit sein, wenn sie gegen Zahlung einer höheren Prämie das Recht erhielten, sobald sie die Versicherung nicht fortsetzen könnten und wollen,

die gezahlten Prämien (ohne Birse) zurückzuempfangen. Ueber den letzteren Punkt, so wie über einige andere Modesten der Lebensversicherung ließ sich der anwesende Vertreter der „Germania“ näher aus. Doch erschien eine weitere Auskunft hierüber, so wie eine Fortsetzung der gestrigen Debatte sehr wünschenswert, und es wurde beschlossen, den Director der „Germania“, Dr. Amslung, zur nächsten Sitzung einzuladen.

Stettin, 19. Mai. (Ostf.-B.) Der Stralsunder dreimastige Schooner „Japan“, Capt. Schramberg, zur Reederei des Consuls Dietelmann gehörig, ging am 20. März mit Ladung von Shanghai nach Kanagawa auf Japan in See. Dies ist wahrscheinlich das erste preuß. Schiff, welches nach Abschluß des Handelsvertrags Japan besucht. Ein anderes preuß. Schiff, „Louis Kniffeler“, Capt. Seemann, ging vor gestern von Hamburg direct nach Japan, als erstes Schiff, welches direct von Deutschland nach jenem Lande segelt.

Frankfurt a. M., 17. Mai. [Die polnische Unleihe.] Die erste Rate des mit dem Banthause Rafael Erlanger contrahirten Anlehens polnischer Adeliger wird sicherem Vernehmen nach morgen liquid. (Dieses Telegramm — schreibt die „Wiener Sonntags-Btg.“ — geht uns von so zuverlässiger Seite zu, daß wir dasselbe mittheilen, trotz des Dementi's, das in dieser Angelegenheit vor einigen Tagen von einem Pariser Blatte im Namen des Hauses Erlanger gegeben wurde.)

Frankfurt a. M., 17. Mai. (Rh. B.) In Folge einer von dem Arbeitertag zu Rödelheim an ihn ergangenen Einladung war heute Ferdinand Lassalle erschienen, um hier vor einer Versammlung der Arbeiterbildungsvereine des Maingaues seine Theorien zu entwickeln. Schulze-Delitsch, ebenfalls eingeladen, hatte auf Grund der Vorgänge in Berlin abgelehnt, zu kommen. Die Zahl der Anwesenden mochte 12- bis 1400 betragen und waren die Arbeitervereine von hier, Offenbach, Hanau, Darmstadt, Mainz u. s. w. durch eine größere Anzahl ihrer Mitglieder vertreten. Nachdem Leopold Sonnemann der Versammlung die Einberufung eines freien, durch kein Programm gebundenen allgemeinen Arbeitertages auf den 7. Juni in Frankfurt mitgetheilt und seinen früheren Antrag über die von dem Leipziger Comité ausgegangene Aufforderung zur Bildung eines deutschen Arbeitervereins auf Grund des Lassalleschen Programms wiederholt hatte, ertheilte der Vorsitzende, Dr. Louis Büchner aus Darmstadt, Ferdinand Lassalle das Wort. Ueber seine Rede, oder vielmehr seine Vorlesung — denn er las die Rede — nur so viel, daß er zur Unterstützung derselben eine ganze statistische und volkswirtschaftliche Bibliothek mitgebracht hatte. Seine wohl über eine Stunde dauernden statistischen Citate zum Nachweis der vorhandenen Armut stellte die Geduld der Zuhörer auf eine Probe, der Viele nicht gewachsen waren, und es erfolgten bereits in der Mitte seines Impertinenten gegen Andersdenkende und maßloher Selbstüberhebung strohenden Vortrages Rufe auf Schlüß, die endlich, nachdem er 4½ Stunden gelesen hatte, den Schlüß der Versammlung herbeiführten. Ein dreimaliges Hoch auf Schulze-Delitsch war die kurze und sprechende Kritik seiner Ausführungen. Der Eindruck, den Lassalle hier gemacht, war ein sehr ungünstiger.

— Die Bisher der europäischen Aussteller zur internationalen landwirtschaftlichen Ausstellung in Hamburg weiß man jetzt schon mit einiger Bestimmtheit anzugeben und darf sich eines in der That unerwartet günstigen Resultates berühren. Eine Branche, s. B., die Thierscha wird — unzurechnbar die noch zu erwartenden Anmeldungen von Österreich mit Ungarn, Schweden, Holland, Russland und Amerika durch ungefähr 3000 landwirtschaftliche Häuslichkeit vertreten sein, worunter sich circa 500 Pferde mit 140 Hengsten, 700 Stück Hornviech, etwa 17-1800 Schafe und Schweine und eine reppettable Partie Federvieh befinden. — Die Idee, gleichzeitig mit dieser Ausstellung auch einen internationalen Tierärztlichen Congress abzuhalten, findet den allgemeinsten Anklang und ist ihre Verwirklichung um so zweifelsohler, als die ausgezeichneten Fachmänner, welche die daraus bezüglichen Verhandlungen leiten, es längst anerkannt haben, daß ein so umfangreiches und mannigfaltiges Material zu den Studien für ihre Berufsgenossen nicht so bald an einem andern Orte geboten werden dürfte. — Der Druck des Ausstellungs-Catalogs hat in diesen Tagen begonnen. Derselbe wird etwa 14 bis 15 Druckbogen stark werden. — Zur Befolgsäidigung der Jury sind die Herren Robert Smith als Preisrichter für Rindvieh und R. G. Bartbopp für Pferde, beide Herren aus England, gewählt worden, und haben die Wahl bereitwillig angenommen.

England.

— Wie es heißt, hat die Regierung sich endlich entschlossen, das Ausstellungsgebäude für nationale Zwecke, namentlich zur Hebung künstlerischer und wissenschaftlicher Ausbildung, anzulaufen. Das Grundstück soll der Schatzkanzler von den Ausstellungs-Commissionen des Jahres 1851 für weniger als die Hälfte des Preises, welchen es jetzt bei einer öffentlichen Versteigerung erreichen würde, erworben haben.

Frankreich.

Paris, 17. Mai. Der Kaiser soll an den Minister des Innern einen Brief über die Candidatur von Thiers geschrieben und sich darin sehr schmeichelhaft für den berühmten Geschichtsschreiber geäußert haben. In diesem Falle werden die offiziösen Blätter wohl ihre Sprache einiger Maßen modifizieren. — Schon die auffallende Kürze, mit welcher der Moniteur heute über die aus Puebla gekommenen Nachrichten hinweggeht, deutet an, daß die Sachen dort nicht zum Besten stehen. Es sollen in der That die Verluste auf beiden Seiten ganz außerordentlich sein; die Kathedrale war am 12. April noch nicht genommen; es heißt, Forey habe verlangt, daß man in aller Eile Verstärkungen an Artillerie und an Genie-Truppen schicke. Er soll sogar erklärt haben, er bedürfe eines Zuganges von 10,000 Mann, ehe er gegen Mexico marschiren könnte. zunächst wird, dem Vernehmen nach, die Brigade Dubois nach Vera-Cruz abgehen.

Bon der französischen Grenze, 17. Mai. (R. B.) Die Wahlen nehmen die Aufmerksamkeit des Kaisers in dem Maße in Anspruch, daß man an eine Verzögerung des diplomatischen Feldzuges gegen Russland glaubt. Man ist in Paris augenblicklich von der österreichischen Regierung wenig erstaunt, doch legt der Kaiser Napoleon III. noch sehr freundliche Gefühle für Se. Maj. den Kaiser Franz Joseph an den Tag und Fürst Metternich giebt sich alle Mühe, die verlangte Unterzeichnung der Collectivnote oder doch eine identische Note in Wien durchzusetzen. Ein Freund, welcher in Paris sehr gute Verbindungen hat und mich häufig über den wirklichen Stand der Dinge unterrichtet, schreibt mir da gegen: „Ich weiß nicht, wie sich Österreich schließlich stellen

wird; aber das Eine kann ich Dir sagen, man hat hier noch keinen Augenblick aufgehört, auf Krieg sich gefaßt zu machen, so friedfertig Drouyn de Lhuys sich auch äußern und so friedlich er immerhin für seine Person auch gesagt sein mag. In den ersten Tagen des Juni schon werden die Verhältnisse eine Wendung genommen haben, welche Frankreich veranlassen dürfte, offener hervorzu treten.“

— Der „Constitutionnel“ meldet: „In Finnland ist die Stimming der Bevölkerung für die Petersburger Regierung so wenig beruhigend, daß in der Hauptstadt des Landes, zu Helsingfors, der akademische Senat und der Gemeinderath sich geweigert haben, die bei Gelegenheit des polnischen Aufstandes allen russischen Provinzen von den Gouverneurs derselben anbefohlene Adressen an den Kaiser zu unterzeichnen.“

— Die „France“ macht heute ihr Testament, wie sie sagt. Ein von ihrem Redactions-Secretair Bonnin unterzeichneten Artikel erinnert an die Unstände, unter denen sie als ein leineswegen halböffentliche, sondern offen dynastisches, freies Blatt ins Leben trat und in der italienischen Frage diejenige Politik verfocht, welche später mit Drouyn de Lhuys den Sieg davon trug. „Jetzt“, heißt es dann weiter, „haben wir eine andere Aufgabe. Das Kaiserreich hat, nach unserer Ansicht, die Bestimmung, Frankreich eine vollständigere, besser geregelte, besser begründete Freiheit zu geben, als andere Regierungen sie versprochen und gewährt haben. Wir sind die Pioniere des verfassungsmäßigen Kaiserreichs und als solche die ergebensten Diener der Kaiserlichen Dynastie.“ Deshalb rath die „France“, bei den Wahlen den liberalsten Candidaten, wenn sie nur den gegenwärtigen Staatsrichtungen hold sind, stets den Vorzug zu geben, und die offiziellen nur dann zu nehmen, wenn die Gegen-Candidaten anti-dynastische Parteien sind. Der größte Stoß, den die moralische Macht der Regierung erleiden könnte, wäre die einmütige Annahme sämtlicher von der Verwaltung vorgeschlagenen Candidaten. „Dem Saxe, daß das Kaiserreich die Diktatur sei, stellen wir die Lehre von der kaiserlichen Verfassung entgegen, welche das Kaiserreich auf dem allgemeinen Stimmberecht aufgebaut hat und jetzt fest und bestimmt, wie auf Granit, auf das Kaiserreich die Freiheit gründet. Für die Vertheidigung dieser Lehre sind wir zu allem Kampfe bereit.“

Italien.

Neapel, 13. Mai. (Köln. Btg.) In einem gestrigen Leitartikel des Indipendente erzählt uns A. Dumaz eine Unterredung, die er mit einem kürzlich hier durchgereisten Freunden über die polnische Frage gehabt haben will. Er macht uns die Persönlichkeit zwar nicht namhaft, aber aus den gegebenen Andeutungen und aus dem Verkehr, den er mit dem kürzlich hier durchgereisten Prinzen Napoleon hatte, dürfen wir beinahe mit Bestimmtheit schließen, daß jene ungenannte Person Niemand anders ist, als der Prinz selbst. Die Worte, die er aus dem Mund seines Mäzenaten vernommen haben will, lauten folgender Massen: „Wenn Europa bei dem Blutvergießen in Polen nicht interveniri, so bleibt ihm nichts Anderes übrig, als Gendarmen und Gerichte aufzuheben, denn es giebt dann in Europa ein Land, wo Mord, Brand und Schändung unbestraft bleiben. Frankreich wird unschbar in der polnischen Frage das Schwert ergreifen, denn Frankreich könnte, wiewohl es den Krieg nicht wünscht, nie seinem Kaiser verzeihen, wenn er es nicht täte.“

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Mai. (Nat.-B.) In wohlunterrichteten Kreisen geht hier das Gerücht, Frankreich habe bei der hiesigen Regierung anfragen lassen: ob im Fall eines Krieges mit Russland Frankreich auf die Unterstützung Dänemarks rechnen könne. Die hiesige Regierung soll diese Frage bejahend beantwortet, zugleich aber auch eine Note an Russland erlassen haben, in welcher gesagt wird: Dänemark habe große Veranlassung, Russland dankbar zu sein für seine Unterstützung während des letzten Krieges mit Deutschland und während der darauf gefolgten Verhandlungen mit dem deutschen Bunde, so wie beim Abschluß des Londoner Traktats von 1852; Dänemark werde niemals vergessen, was es in dieser Hinsicht Russland schuldig sei, seine geographische Lage sei aber der Art, daß es im Falle eines Krieges zwischen Russland und den Westmächten sich diesen anschließen müsse. Wir geben diese Nachricht als ein Gerücht, welches indessen viele Wahrscheinlichkeit für sich hat.

Russland und Polen.

* Warschau, 18. Mai. Während es in unserer nächsten Nähe von Insurgenten wimmelt, erhalten wir aus der Provinz Nachrichten, denen zufolge die Bildung neuer Scharen und deren Organisation im Wachsthum begriffen ist. Der Umstand, daß die Russen ihre detachirten Posten überall zurückgezogen und sich nur in den großen Städten und in den Festungen concentriren, erleichtert natürlich die Formirung der Insurgentenschaaren. Die Bauern bilden jetzt schon überall die große Mehrheit der Kämpfer und der Bewährung der Geistlichen ist es gelungen, die Bauern ganz der Nationalssache zuzuwenden. Auch haben die Aufständischen in der vergangenen Woche eine Art Aushebung ausgeführt. So z. B. haben viele auf Trachten als Flößer gehende Burschen solche verlassen, sind zu den Insurgenten gestochen und ist es den Führern dieser Trachten, wie mir erzählt wird, nur mit Mühe gelungen, ihre Mannschaft anderweitig zu ergänzen und die Reise nach Danzig fortzusetzen. In Betreff der russischen Concentrationen ist es unzweifelhafte Thatsache, daß z. B. von hier bis Lublin, mit Ausnahme der Festung Demblin (Iwangrod), wo nur ein Bataillon liegt, kein Russ zu sehen ist. Von Lublin wiederum bis Wladimir sind ebenfalls keine Russen da. Das nunmehr auch in Polenien der Aufstand thätig ist, wissen Sie bereits. — Welchen Plan die Russen mit ihrer Concentration befolgen, ist noch ungewiß. Die Einen meinen, daß sie bei der außerordentlichen Häufung von Insurgentenschaaren für die detachirte kleinere Abtheilung Gefahr sehen, die Andern wollen darin die Absicht erblicken, sich nur in der Defensive zu halten, um dem weiteren unzähligen Blutvergießen ein Ende zu machen, von der Diplomatie die definitive Entscheidung erwartend. Möglicherweise die Ursache sein, welche sie wolle, jedenfalls ist die zeitweilige Räumung ganzer Länderstreifen von Militair von ungeheurer Wichtigkeit für die Polen. — Die National-Regierung entwickelt eine große Thätigkeit. Ihre letzte Verordnung macht die Verwaltung der Bank persönlich für jede vorzusehende außerordentliche Änderung in den Aktiven und Passiven der Bank, worunter natürlich die regelmäßigen Geschäfte nicht gemeint sind, verantwortlich. Jede Unternehmung bei der russischen Regierung und jede Anleihe an sie, in so weit es das Königreich und die altpolnischen Provinzen angeht, ist von vorne herein als Null und nichtig erklärt und jeder Mann im In- und Auslande vor solchen

